

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

FRIEDENSNOBELPREIS FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION

Das norwegische Nobelkomitee hat am 12.10.2012 den Friedensnobelpreis 2012 an die EU vergeben. Damit wird, so die offizielle Begründung, der Beitrag der EU und ihrer Vorgängerorganisationen über sechs Jahrzehnte zur Förderung von Frieden und Versöhnung gewürdigt. Das Nobelkomitee wolle gerade angesichts der aktuellen Schwierigkeiten der EU den Blick auf ihre wichtigste Errungenschaft lenken. Spitzenpolitiker von EU und Mitgliedstaaten reagierten erfreut auf die Auszeichnung. Der Friedensnobelpreis wird am 10.12.2012 in Oslo feierlich übergeben. Dazu werden die Präsidenten *van Rompuy* (Europäischer Rat), *Schulz* (Europäisches Parlament) und *Barroso* (Kommission) nach Oslo reisen. Auch die Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedstaaten sollen zu der Zeremonie eingeladen werden.

EU-ERWEITERUNG: JÄHRLICHE FORTSCHRITTSBERICHTE DER KOMMISSION

Die Kommission hat am 10.10.2012 ihre jährliche Mitteilung zur Erweiterungsstrategie und die Fortschrittsberichte zu den Staaten, die Beitrittsanträge gestellt haben oder sich in der Phase der Heranführung an die EU befinden, vorgelegt. Anders als in früheren Jahren, in denen die Kommission neue Schritte im Beitrittsprozess für einzelne Staaten (z. B. Vorschlag für die Verleihung des Kandidatenstatus oder für die Aufnahme von Verhandlungen) in den Mittelpunkt stellte, betonte Erweiterungskommissar *Füle* diesmal angesichts begrenzter Fortschritte in den Beitrittsländern übergeordnete inhaltliche Aspekte. Künftig sollen die von den Beitrittsländern erwarteten Anstrengungen im Bereich Rechtsstaatlichkeit während des gesamten Beitrittsprozesses als zentrales Thema behandelt werden.

Übersichts-Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/1087&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Links zum Strategiepapier und den einzelnen Länderberichten:

http://ec.europa.eu/enlargement/countries/strategy-and-progress-report/index_en.htm



Ansprache *Füle* im Außenpolitischen Ausschuss des EP:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/12/708&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

EUROPÄISCHER BÜRGERBEAUFTRAGTER KRITISIERT WEIGERUNG DER KOMMISSION, ÖFFENTLICHE KONSULTATIONEN ZU ÜBERSETZEN

Der Europäische Bürgerbeauftragter *P. Nikiforos Diamandouros* hat am 11.10.2012 die Weigerung der Kommission kritisiert, öffentliche Konsultationen in allen 23 Amtssprachen der EU zu veröffentlichen. Er griff damit eine Beschwerde auf, dass viele Konsultationen nur auf Englisch oder in wenigen Amtssprachen erfolgen. Auch das EP hat die Kommission im aufgefordert, die restriktive Sprachpraxis bei öffentlichen Konsultationen zu überprüfen.

Pressemitteilung des Europäischen Bürgerbeauftragten mit Link zur Entscheidung:

<http://www.Bürgerbeauftragter.europa.eu/de/press/release.faces/de/12029/html.bookmark>

Entschließung des EP vom 14.06.2012:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0256+0+DOC+XML+V0//DE>

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

INNENMINISTER *HERRMANN* TRIFFT EU-ANTITERRORISMUS-KOORDINATOR

Innenminister *Joachim Herrmann* hat sich am 15.10.2012 zum zweiten Mal in diesem Jahr mit EU-Antiterrorismuskoodinator *Gilles des Kerchove* über aktuelle Themen der Sicherheitspolitik ausgetauscht. Themen des Gesprächs waren insbesondere die Cyberkriminalität, Fragen des Links- und Rechtsextremismus sowie die aktuelle Situation in Nordafrika.

INTERPARLAMENTARISCHE KONSULTATION DES LIBE-AUSSCHUSSES ZUR EU-DATENSCHUTZREFORM

Am 09./10.10.2012 hat im EP in Brüssel eine interparlamentarische Konsultation des Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) zur Reform des Europäischen Datenschutzrechts stattgefunden. Im Rahmen von sieben thematischen Sitzungsblöcken diskutierten die Mitglieder des LIBE-



Ausschusses mit Vertretern nationaler Parlamente, mit Datenschutzbeauftragten und Experten sowie mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen, der US-Administration und der Wirtschaft über die Vorschläge der Kommission für eine Datenschutzgrundverordnung und eine Richtlinie über den Datenschutz bei der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit. Zahlreiche Teilnehmer begrüßten den Grundansatz der Kommission und hoben die Notwendigkeit einer Datenschutzreform hervor. Einige wesentliche Punkte der vorgeschlagenen Reform wurden jedoch kritisch hinterfragt und als nachbesserungswürdig im Zuge der weiteren parlamentarischen Behandlung gesehen.

EP-AUSSCHUSS FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN NIMMT BERICHT ZU EU-CYBERSTRATEGIE AN

Der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des EP hat am 10.10.2012 einen Bericht verabschiedet, der zur Entwicklung einer verständlichen Strategie zur Cyber-Sicherheit und –Abwehr auf allen Ebenen der EU aufruft. Die Kommission hatte bereits am 09.07.2012 eine solche Strategie angekündigt. In dem Bericht werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre nationalen Zentren für Cybersicherheit und -Abwehr, sowie die nationalen Kontingentspläne zu vervollständigen und dabei das Cyberkrisenmanagement und die Risikoanalyse in sog. Cyberkrisenmanagement-Plänen zu integrieren. Der Europäische Auswärtige Dienst wird aufgerufen, den Aspekt der Cyber-Sicherheit in all seine Aktivitäten zu etablieren. Der Bericht soll vom EP-Plenum in der Novembersitzung in Straßburg angenommen werden.

EUROPÄISCHE GRUNDRECHTEAGENTUR MAHNT BESSERE EINBEZIEHUNG DER GRUNDRECHTECHARTA BEI DATENSCHUTZ- REFORM AN

Nach einer entsprechenden Aufforderung des EP vom 05.09.2012 hat die Europäische Grundrechteagentur am 09.10.2012 ein Gutachten zum Vorschlag der Kommission für die Reform des EU-Datenschutzrechts vorgelegt. Darin werden die Entwürfe für die Datenschutzgrundverordnung und die Richtlinie über den Datenschutz bei der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit als zeitgerechte und notwendige Reaktion auf die Herausforderungen der technologischen Entwicklungen begrüßt. Kritisiert wird aber die mangelhafte Bezugnahme auf die EU-Grundrechte-Charta.

Gutachten der Europäischen Grundrechteagentur (Englisch):



<http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-opinion-data-protection-oct-2012.pdf>

EUGH VERURTEILT ÖSTERREICH WEGEN FEHLENDER UNABHÄNGIGKEIT DER DATENSCHUTZAUF SICHT

Der EuGH hat in einem Urteil vom 16.10.2012 (Rechtssache C-614/10) entschieden, dass Österreich gegen die Datenschutz-Richtlinie (RL 95/46/EG vom 24.10.1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verbreitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr) verstoßen hat, da die österreichische Datenschutzkommission nicht mit der von der Richtlinie geforderten Unabhängigkeit ausgestattet ist. Deutschland war bereits im Jahr 2010 vom EuGH wegen mangelnder Unabhängigkeit der Datenschutzaufsicht über den nichtöffentlichen Bereich verurteilt worden (EB 15/10). Die Bayerische Staatsregierung hat die Vorgaben des EuGH mit der Einrichtung eines unabhängigen Landesamts für Datenschutzaufsicht zum 01.08.2011 umgesetzt.

Urteil des EuGH:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=128563&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=4680089>

EUGH: EINREISEVERBOT FÜR STAATSOBERHAUPT EINES MITGLIEDSTAATES IN EINEN ANDEREN MITGLIEDSTAAT STELLT KEINEN UNIONSRECHTSVERSTOSS DAR

Der EuGH hat in einem Urteil vom 16.10.2012 (Rechtssache C-364/10) entschieden, dass es keinen Verstoß gegen Unionsrecht darstellt, wenn einem Unionsbürger, der gleichzeitig Staatsoberhaupt ist, die Einreise in einen anderen Mitgliedstaat untersagt wird. Der Umstand, das Amt eines Staatsoberhauptes zu bekleiden, kann eine aus dem Völkerrecht folgende Beschränkung des durch Unionsrecht gewährten Rechts auf Freizügigkeit rechtfertigen. Dem Verfahren lag eine Vertragsverletzungsklage Ungarns zugrunde, nachdem die Slowakei es dem damaligen ungarischen Präsidenten *László Sólyom* am 21.08.2009 untersagt hatte, zur Einweihung einer Statue eines ungarischen Heiligen in das slowakische Hoheitsgebiet einzureisen.

Urteil des EuGH:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=128561&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=357716>



Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

GROSSBRITANNIEN KÜNDIGT AN, SICH IM BEREICH JUSTIZ UND INNERES AUS DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT ZURÜCKZUZIEHEN

Die britische Innenministerin *Theresa May* hat am 15.10.2012 britische Zeitungsmeldungen bestätigt, wonach sich Großbritannien aus der europäischen Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres zurückziehen will. Dieser Schritt würde über 130 europäische Maßnahmen betreffen, darunter die Zusammenarbeit mit Eurojust, Europol, das Schengener Informationssystem, aber auch den Europäischen Haftbefehl. Nach Bekanntwerden des geplanten einseitigen Rückzugs Großbritanniens äußerte sich der stellvertretende EVP-Fraktionsvorsitzende *Manfred Weber* (CSU) kritisch über dieses Vorhaben. „Die Briten machen mit Ihrem Verhalten viel Arbeit der vergangenen Jahre kaputt“. Die Kommission äußerte am 15.10.2012, dass bislang keine offizielle Erklärung Großbritanniens gem. Art. 10 Abs. 4 des Protokolls Nr. 36, wie es in so einem Fall erforderlich wäre, eingegangen sei.

Bericht der Daily Mail vom 15.10.2012:

<http://www.dailymail.co.uk/news/article-2218274/Euro-opt-outs-130-criminal-justice-powers-cost-millions-Brussels-tell-UK.html>

Protokoll (Nr. 36):

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2007:306:0159:0164:DE:PDF>

Vertrag von Lissabon:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2007:306:FULL:DE:PDF>

EU-GESUNDHEITS- UND VERBRAUCHERSCHUTZKOMMISSAR DALLI TRITT MIT SOFORTIGER WIRKUNG ZURÜCK

Am Dienstag, den 16.10.2012 ist der EU-Gesundheits- und Verbraucherschutzkommissar *Dalli* überraschend mit sofortiger Wirkung von seinem Amt zurückgetreten. Anlass waren Ermittlungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) aufgrund einer Beschwerde eines schwedischen Tabakherstellers der Firma „Swedish Match“, der mitgeteilt hatte, dass ein maltesischer Unternehmer angeboten habe, gegen die Bezahlung eines nicht unerheblichen Geldbetrages seine Kontakte zum Kommissar zu nutzen, um die derzeit geplante Verschärfung der Tabakrichtlinie im Sinne des schwedischen



Unternehmens zu beeinflussen. Zwar hat OLAF nach eigenen Angaben keine tatsächlichen Geldflüsse und auch sonst keine direkte Verwicklung des EU-Kommissars feststellen können. Aus den Indizien soll sich aber ergeben, dass *Dalli* von den Vorgang Kenntnis gehabt habe und den „ihm wohlbekannten maltesischen Unternehmer“ habe gewähren lassen (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

WESENTLICHE ERGEBNISSE DES EUROPÄISCHEN RATES (ER) VOM 18./19.10.2012

Im Zentrum der Diskussionen des Oktober-Gipfels des ER stand der von den vier Präsidenten des ER, der Kommission, der EZB und der Eurogruppe am 12.10.2012 veröffentlichte Zwischenbericht zur weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. Ein zentrales Streitthema war der Zeitplan für die Schaffung einer gemeinsamen Bankenaufsicht im Euroraum, dem ersten Schritt zur Realisierung einer Bankenunion. Eine Einigung über den rechtlichen Rahmen zur Schaffung der gemeinsamen Bankenaufsicht soll bis 01.01.2013 erzielt werden. Ihre Arbeit soll die gemeinsame Aufsicht aber erst im Laufe des Jahres 2013 aufnehmen. Der ER hat nochmals bekräftigt, dass die Möglichkeit der direkten Bankenrekapitalisierung durch den ESM geschaffen werden soll, wenn ein effektiver gemeinsamer Aufsichtsmechanismus eingerichtet ist. Die bereits vorliegenden Kommissionsvorschläge zur Abwicklung von Kreditinstituten (Krisenmanagement im Bankensektor) und zur Überarbeitung der Einlagensicherungsrichtlinie sollen zügig angenommen werden. Auch zur Umsetzung von Basel III in europäisches Recht soll bis Ende des Jahres eine Einigung erzielt werden. Im Anschluss soll die Kommission einen Vorschlag für die Einrichtung eines gemeinsamen Abwicklungsmechanismus für Banken unterbreiten. Die Schaffung eines gemeinsamen Einlagensicherungsfonds wird dagegen nicht erwähnt.

Neben der Bankenunion soll auch eine Fiskalunion geschaffen werden. Insofern soll insbesondere die Einrichtung einer angemessen ausgestatteten fiskalischen Kapazität für den Euroraum geprüft werden. Damit ist eine Art gemeinsames Budget für den Euroraum – zusätzlich zum regulären EU-Haushalt – gemeint. Die Einführung von Eurobonds oder eines Altschuldentilgungsfonds wird in den Schlussfolgerungen nicht erwähnt. Auch der deutsche Vorschlag,



den Wirtschafts- und Währungskommissar zu stärken und mit Eingriffsmöglichkeiten bei der Kontrolle der nationalen Haushalte auszustatten, hat keinen Eingang in die Schlussfolgerungen gefunden.

Die wirtschaftspolitische Koordinierung im Euroraum soll weiter verstärkt werden. Ein mögliches Instrument in diesem Kontext, das geprüft werden soll, sind individuelle vertragliche Vereinbarungen mit den Mitgliedstaaten über die jeweils umzusetzenden Reformen. Der vierte Baustein zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion ist die Verstärkung der demokratischen Legitimation und Rechenschaftspflicht auf europäischer Ebene. Ein konkreter Fahrplan für die weitere Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion soll erst mit dem für Dezember geplanten Abschlussbericht der vier Präsidenten vorgelegt werden. Dieser Abschlussbericht wird in den nächsten Wochen auf der Grundlage weiterer informeller Konsultationen mit den Mitgliedstaaten und mit dem EP erarbeitet.

Schlussfolgerungen zur weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/132986.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/132881.pdf

ERKLÄRUNG DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS DES EURORAUMS ZU GRIECHENLAND

Die Staats- und Regierungschefs des Euroraums haben im Rahmen des ER am 18./19.10.2012 die Entschlossenheit der griechischen Regierung, ihren Verpflichtungen nachzukommen, und die außerordentlichen Anstrengungen des griechischen Volkes gewürdigt. Es seien deutliche Fortschritte erzielt worden, das Anpassungsprogramm wieder auf den richtigen Weg zu bringen. Die konsequente Umsetzung des Programms werde die Zukunft Griechenlands im Euroraum sichern. Konkrete Entscheidungen über die weitere Vorgehensweise beim griechischen Rettungsprogramm konnten aber noch nicht getroffen werden, da der Troika-Bericht noch nicht vorlag. Sobald der Troika-Bericht bekannt ist, wird die Eurogruppe über die weiteren Schritte beraten und die erforderlichen Entscheidungen treffen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ecofin/132965.pdf



WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DES ECOFIN-RATES VOM 09.10.2012

In der Sitzung des ECOFIN-Rates am 09.10.2012 gab es einen entscheidenden Durchbruch bei den Bemühungen um die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Belgien, Griechenland, Österreich, Portugal und Slowenien haben sich dem deutsch-französischen Antrag vom 28.09.2012 bereits angeschlossen. Spanien, Italien, Estland und die Slowakei haben im ECOFIN-Rat erklärt, dass sie ebenfalls einen entsprechenden Antrag stellen werden. Damit sind insgesamt elf Mitgliedstaaten bereit, eine Finanztransaktionssteuer im Wege einer verstärkten Zusammenarbeit einzuführen. Das notwendige Quorum von neun Mitgliedstaaten für die Einleitung einer verstärkten Zusammenarbeit wäre damit erreicht. Die Kommission kündigte an, möglichst schon für die kommende Sitzung des ECOFIN-Rates am 13.11.2012 einen Vorschlag zur Einleitung einer verstärkten Zusammenarbeit vorzulegen, sobald mindestens neun Anträge eingegangen sind.

Der ECOFIN-Rat hat die Frist für Portugal zum Abbau seines übermäßigen Defizits um ein Jahr bis 2014 verlängert. Hintergrund ist, dass sich trotz bisher konsequenter Programmumsetzung durch Portugal die Steuereinnahmen u. a. aufgrund des Anstiegs der Arbeitslosigkeit und des Rückgangs der Einkommen schlechter als erwartet entwickelt haben. Daneben wurde aufgrund des positiven Votums der Troika die nächste Tranche aus dem Rettungspaket für Portugal freigegeben. Der EU-Anteil beträgt 2,8 Mrd. €. Weitere 1,5 Mrd. € wird der IWF beitragen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/132771.pdf

STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES DER REGIONEN ZUM NÄCHSTEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN 2014 BIS 2020

Der Ausschuss der Regionen (AdR) hat am 09.10.2012 eine Stellungnahme zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen angenommen. Der AdR fordert ein Gesamtvolumen des Finanzrahmens in Höhe von 1,14 % des BNE. Das vom AdR geforderte Volumen liegt deutlich über dem aktualisierten Kommissionsvorschlag vom 06.07.2012 (1,08 % des BNE bei den Verpflichtungsermächtigungen und 1,03 % des BNE bei den Zahlungsermächtigungen). Dem AdR geht es v. a. um einen investiv und auf die Stärkung von Wachstum und Be-



schäftigung ausgerichteten EU-Haushalt.

http://europa.eu/rapid/press-release_COR-12-58_de.htm

BERICHT DES ECON-AUSSCHUSSES ZUR VERTIEFUNG DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Der ECON-Ausschuss im EP hat am 15.10.2012 den von MdEP *Marianne Thyssen* (EVP/BEL) erstellten Bericht zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion angenommen. Die Schaffung einer Bankenunion und die Einrichtung einer europäischen Finanzaufsicht werden vom Ausschuss grundsätzlich unterstützt. Den Richtlinienvorschlag der Kommission zur Abwicklung von Banken (Krisenmanagement im Bankensektor) sieht der Ausschuss nur als Zwischenlösung bis zur Einrichtung eines gemeinsamen Abwicklungsmechanismus. Langfristig hält der Ausschuss auch einen gemeinsamen Einlagensicherungsfonds für notwendig. Weitere Maßnahmen zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion seien die Einführung eines Altschuldentilgungsfonds sowie ggf. auch die gemeinsame Schuldenaufnahme (Eurobonds). Die Steuerpolitik soll stärker koordiniert werden. Der Ausschuss spricht sich zudem für erhöhte Berichts- und Rechenschaftspflichten des ESM, der Troika und der künftigen gemeinsamen Bankenaufsicht gegenüber dem EP aus.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bIM-PRESS%2b20121015IPR53608%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fEN&language=DE>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

INDUSTRIEMITTEILUNG DER KOMMISSION UND BERICHTE ZUR WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Am 10.10.2012 hat die Kommission die Mitteilung „Eine stärkere europäische Industrie bringt Wachstum und wirtschaftliche Erholung“ vorgelegt, mit der sie die wichtige Rolle der Industrie für die europäische Wirtschaft wieder stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken möchte. Sie kündigt darin eine Vielzahl von Maßnahmen an, mit denen sie den Anteil der Industrie am BIP der EU bis 2020 von derzeit 15,6 % auf 20 % anheben möchte. Dafür möchte sie v. a. vier Schlüsselbereiche voranbringen: Investitionen in Innovation (hier hat sie



vorrangig sechs Themen im Fokus), bessere Marktzugangsbedingungen, einfacheren Zugang zu Finanzierung und Kapital von Unternehmen sowie Humanressourcen und Qualifikationen. Die Kommission möchte daneben die Entwicklung von Schlüsselvariablen in den Bereichen Investitionen, Binnenhandel und KMU stärker beobachten, die ihrer Ansicht nach ausschlaggebend für das Erreichen des 20 %-Ziels seien. Die Mitteilung wird von zwei am 10.10.2012 von der Kommission angenommenen Berichten zum Thema Wettbewerbsfähigkeit flankiert.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/1085&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://eur->

lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0582:FIN:DE:PDF

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/industrial-competitiveness/monitoring-member-states/files/ms_comp_report_2012_en.pdf

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/industrial-competitiveness/competitiveness-analysis/european-competitiveness-report/files/ecr2012_full_en.pdf

BERICHT ZUR KMU-LEISTUNGSÜBERPRÜFUNG 2012 VORGESTELLT

Zum Auftakt der europäischen KMU-Woche hat die Kommission am 15.10.2012 die Ergebnisse der KMU-Leistungsüberprüfung zusammen mit den KMU-Datenblättern veröffentlicht. Diese geben einen Überblick über die jüngsten Fortschritte der KMU in der EU sowie über die Umsetzung des „Small Business Act“ seit dem Jahr 2008 in den verschiedenen Mitgliedstaaten. Die Kommission kommt zu dem Schluss, dass nur in wenigen Ländern eine komplette Erholung der KMU von der Wirtschaftskrise zu verzeichnen sei, auch wenn immer mehr Mitgliedstaaten den Tiefpunkt überwunden hätten. Allerdings gehe die Entwicklung in den Mitgliedstaaten insgesamt weiter auseinander und die Beschäftigungszahlen gäben nach wie vor Anlass zur Sorge. Lediglich KMU in Österreich und in Deutschland sei es gelungen, sowohl bei der Bruttowertschöpfung als auch bei der Beschäftigung ihren Stand vor der Krise (2008) zu übertreffen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1101_de.htm?locale=en

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-12-783_en.htm?locale=en#PR_metaPressRelease_bottom

<http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/facts-figures-analysis/performance->



[review/files/supporting-documents/2012/annual-report_en.pdf](#)
http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/facts-figures-analysis/performance-review/files/supporting-documents/2012/database_en.zip

AKTUELLER BINNENMARKTANZEIGER DER KOMMISSION

Am 08.10.2012 hat die Kommission ihre neuen Zahlen zum aktuellen Stand der Umsetzung von EU-Rechtsvorschriften durch die Mitgliedstaaten im sog. „Binnenmarktanzeiger“ veröffentlicht. Dieser verzeichnet beim EU-weiten Umsetzungsdefizit, d. h. dem Prozentsatz der nicht fristgerecht in nationales Recht umgesetzten Binnenmarkt Richtlinien, seit Mai 2012 einen Rückgang von 1,2 % auf 0,9 %. Damit liegt der Anteil wieder unterhalb der 2007 durch die Staats- und Regierungschefs vereinbarten Obergrenze von 1 %. Auch die Zahl der nicht ordnungsgemäß umgesetzten Richtlinien (Konkordanzdefizit) und die der Vertragsverletzungsverfahren seien weiter gesunken, während die durchschnittliche Umsetzungszeit gestiegen sei. Bei Berücksichtigung sämtlicher Durchsetzungsindikatoren hätten Lettland, Estland, Luxemburg und Litauen am besten abgeschnitten, bei der Umsetzung von Richtlinien seien dies Malta und Lettland.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1080_de.htm?locale=en

BIOKRAFTSTOFFE: VORSCHLAG DER KOMMISSION ZUR VERBESSERUNG DER KLIMABILANZ

Die Kommission hat am 17.10.2012 einen Vorschlag veröffentlicht, durch den die globalen Landnutzungsänderungen für die Herstellung von Biokraftstoffen begrenzt und die Klimaverträglichkeit der in der EU verwendeten Biokraftstoffe verbessert werden sollen. Der anrechenbare Anteil von aus Nahrungsmitteln gewonnenen Biokraftstoffen auf das 10 %-Ziel für erneuerbare Energien im Transportsektor bis 2020 soll auf 5 % begrenzt werden. Zudem sollen die vorgeschriebenen Treibhausgaseinsparungen für Biokraftstoff aus neuen Anlagen ab 2014 im Vergleich zu normalem Benzin und Diesel von jetzt 35 % auf 60 % erhöht werden (s. den Beitrag des StMELF und StMUG in diesem EB.)

http://ec.europa.eu/clima/policies/transport/fuel/docs/com_2012_595_de.pdf
http://ec.europa.eu/energy/renewables/biofuels/land_use_change_de.htm



WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DES ECOFIN-RATES VOM 09.10.2012

In der Sitzung des ECOFIN-Rates am 09.10.2012 gab es einen entscheidenden Durchbruch bei den Bemühungen um die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Belgien, Griechenland, Österreich, Portugal und Slowenien haben sich dem deutsch-französischen Antrag vom 28.09.2012 bereits angeschlossen. Spanien, Italien, Estland und die Slowakei haben im ECOFIN-Rat erklärt, dass sie ebenfalls einen entsprechenden Antrag stellen werden. Damit sind insgesamt elf Mitgliedstaaten bereit, eine Finanztransaktionssteuer im Wege einer verstärkten Zusammenarbeit einzuführen. Das notwendige Quorum von neun Mitgliedstaaten für die Einleitung einer verstärkten Zusammenarbeit wäre damit erreicht. Die Kommission kündigte an, möglichst schon für die kommende Sitzung des ECOFIN-Rates am 13.11.2012 einen Vorschlag zur Einleitung einer verstärkten Zusammenarbeit vorzulegen, sobald mindestens neun Anträge eingegangen sind (s. den Beitrag des StMF in diesem EB).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/132771.pdf

STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES DER REGIONEN ZUM NÄCHSTEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN 2014 BIS 2020

Der Ausschuss der Regionen (AdR) hat am 09.10.2012 eine Stellungnahme zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen angenommen. Der AdR fordert ein Gesamtvolumen des Finanzrahmens in Höhe von 1,14 % des BNE. Das vom AdR geforderte Volumen liegt deutlich über dem aktualisierten Kommissionsvorschlag vom 06.07.2012 (1,08 % des BNE bei den Verpflichtungsermächtigungen und 1,03 % des BNE bei den Zahlungsermächtigungen). Dem AdR geht es v. a. um einen investiv und auf die Stärkung von Wachstum und Beschäftigung ausgerichteten EU-Haushalt (s. dazu den Beitrag des StMF in diesem EB).

http://europa.eu/rapid/press-release_COR-12-58_de.htm

BERICHT DES ECON-AUSSCHUSSES ZUR VERTIEFUNG DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Der ECON-Ausschuss im EP hat am 15.10.2012 den von MdEP *Marianne Thyssen* (EVP/BEL) erstellten Bericht zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion angenommen. Der Ausschuss spricht sich u. a. für erhöhte Be-



richts- und Rechenschaftspflichten des ESM, der Troika und der künftigen gemeinsamen Bankenaufsicht gegenüber dem EP aus. Den Richtlinien-vorschlag der Kommission zur Abwicklung von Banken (Krisenmanagement im Bankensektor) sieht der Ausschuss nur als Zwischenlösung bis zur Einrichtung eines gemeinsamen Abwicklungsmechanismus. Die Steuerpolitik soll stärker koordiniert werden. Der Ausschuss spricht sich zudem für einen Sozialpakt aus, um sozialen Belangen bei der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion besser Rechnung zu tragen (s. den Beitrag des StMF in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bIM-PRESS%2b20121015IPR53608%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fEN&language=DE>

DRITTE ALLGEMEINE AUSRICHTUNG DES RATS ZUR KÜNFTIGEN KOHÄSIONSPOLITIK

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten hat am 16.10.2012 eine weitere teilweise allgemeine Ausrichtung in Bezug auf die von der Kommission am 06.10.2011 vorgeschlagenen Strukturverordnungen für die kommende Förderperiode 2014 bis 2020 erzielt. Sie betrifft v. a. Vorschriften der fondsübergreifenden Grundverordnung, der Verordnung zum Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und der Verordnung zur Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (ETZ). Die Einigung nimmt wie im April und Juni 2012 Bündelungen in thematischen Blöcken vor: Information und Kommunikation sowie Technische Hilfe, Europäische Territoriale Zusammenarbeit, Territoriale Entwicklung, Finanzielle Angelegenheiten außerhalb des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR), Länderspezifische Empfehlungen, Verwaltung und Kontrolle sowie Indikatoren. Aus bayerischer Sicht bräuchten die Vorstellungen des Rates einige Verwaltungserleichterungen und -flexibilisierungen bei der Programmaufstellung und deren Durchführung mit sich. Mit dem EP will sich der Rat noch bis Ende des Jahres in den Trilogen einigen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/genaff/132903.pdf



WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRAT ERZIELT TEILWEISE ALLGEMEINE AUSRICHTUNG BEI HORIZONT 2020 UND BEGRÜSST KET-MITTEILUNG DER KOMMISSION

Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit hat am 11.10.2012 bezüglich der Beteiligungsregeln für das künftige 8. Forschungsrahmenprogramm „Horizont 2020“ eine teilweise allgemeine Ausrichtung erzielt. Die Vorschriften legen die Voraussetzungen für eine Teilnahme an „Horizont 2020“ sowie die finanziellen Rahmenbedingungen fest. Nach schwierigen Verhandlungen konnte sich die Aufrechterhaltung des Exzellenzprinzips als Grundcharakteristikum des Forschungsrahmenprogramms im Kompromiss insgesamt durchsetzen. Die Einigung des Rates kann als positives Signal im Hinblick auf die Finanzverhandlungen beim EU-Sondergipfel im November dieses Jahres gewertet werden. Nach dem Kommissionsvorschlag ist für „Horizont 2020“ ein Budget von insgesamt 80 Mrd. € vorgesehen (s. auch den Beitrag des StMWFK in diesem EB).

Des Weiteren nahm der Rat Schlussfolgerungen zur Mitteilung der Kommission vom 25.06.2012 zu den Schlüsseltechnologien („Key Enabling Technologies“ – KET; EB 13/12) an, in denen er die Auffassung der Kommission zur Rolle der KET teilt und die Mitteilung begrüßt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/intm/132804.pdf

BEGINN DER GALILEO-TESTPHASE NACH START ZWEIER WEITERER SATELLITEN

Am 12.10.2012 startete vom europäischen Raumfahrtzentrum in Kourou in Französisch-Guayana eine Sojus-Trägerrakete mit zwei Satelliten des europäischen GALILEO-Programms. Insgesamt befinden sich jetzt die vier für die Validierung und Feinjustierung erforderlichen GALILEO-Satelliten in der Umlaufbahn, 26 weitere sollen folgen. GALILEO ist das europäische Programm zur Entwicklung eines zivilgesteuerten globalen Navigationssystems. Wie das amerikanische Navigationssystem GPS soll GALILEO den Nutzern ermöglichen, ihre genaue räumliche und zeitliche Position zu bestimmen. Im Vergleich zu GPS soll GALILEO präziser und verlässlicher sein und Europa unabhängig von GPS machen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1098_en.htm



Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

BIOKRAFTSTOFFE: VORSCHLAG DER KOMMISSION ZUR VERBESSERUNG DER KLIMABILANZ

Die Kommission hat am 17.10.2012 einen Vorschlag veröffentlicht, durch den die globalen Landnutzungsänderungen für die Herstellung von Biokraftstoffen begrenzt und die Klimaverträglichkeit der in der EU verwendeten Biokraftstoffe verbessert werden sollen. Der anrechenbare Anteil von aus Nahrungsmitteln gewonnenen Biokraftstoffen auf das 10 %-Ziel für erneuerbare Energien im Transportsektor bis 2020 soll auf 5 % begrenzt werden. Zudem sollen die vorgeschriebenen Treibhausgaseinsparungen für Biokraftstoff aus neuen Anlagen ab 2014 im Vergleich zu normalem Benzin und Diesel von jetzt 35 % auf 60 % erhöht werden.

Richtlinienvorschlag der Kommission:

http://ec.europa.eu/clima/policies/transport/fuel/docs/com_2012_595_de.pdf

Weitere Informationen über Biokraftstoffe – Landnutzungsänderungen:

http://ec.europa.eu/energy/renewables/biofuels/land_use_change_de.htm

ALLIANZ VON FRANKREICH, SPANIEN, ITALIEN UND DEUTSCHLAND ZUR GAP-REFORM

Nach der gemeinsamen Erklärung zur GAP-Reform mit Bundeslandwirtschaftsministerin *Ilse Aigner* am 10.10.2012 hat FRA nun auch mit ESP und ITA auf Agrarministerebene eine gemeinsame Vereinbarung geschlossen. Die drei Minister *Stéphane Le Foll*, *Miguel Arias Cañete* und *Mario Catania* betonten am 12. und 16.10.2012 die Bedeutung der GAP für die Entwicklung des ländlichen Raums in Europa und lehnten eine Kürzung des EU-Agrarbudgets ab.

BEDÜRFTIGENHILFE: 500 MIO. € GAP-MITTEL FÜR 2013 GENEHMIGT

Am 11.10.2012 wurde im Verwaltungsausschuss für die einheitliche gemeinsame Marktorganisation (GMO) vereinbart, im Jahr 2013 500 Mio. € für das Programm zur Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige bereitzustellen. Von dem Programm werden voraussichtlich mehr als 18 Mio. bedürftige Menschen in 19 EU-Mitgliedstaaten profitieren; DEU ist nicht beteiligt. Da kaum Interventionsbestände verfügbar sind, werden die meisten Lebensmittel auf dem Markt erworben. 2013 wird das bislang aus GAP-Mitteln finanzierte Programm zum letzten Mal in der jetzigen Form umgesetzt. Voraussichtlich am 23.10.2012



sollen von der Generaldirektion für Beschäftigung und Soziales Vorschläge für eine verbesserte Regelung vorgelegt werden, die enger mit der Politik zur sozialen Kohäsion verknüpft und auch aus diesem Topf bezahlt werden soll. Für die Periode 2014 - 2020 hat die Kommission Mittel in Höhe von 2,5 Mrd. € dafür vorgeschlagen.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1093_de.htm

Weiterführende Informationen zum Nahrungshilfeprogramm für Bedürftige unter:

http://ec.europa.eu/agriculture/most-deprived-persons/index_en.htm

EP-HAUSHALTSAUSSCHUSS: GAP-MITTEL IM MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN 2014 - 2020 AUF NIVEAU VON 2013 HALTEN

In einem am 11.10.2012 angenommenen Zwischenbericht zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014 - 2020 fordert der EP-Haushaltsausschuss, die jährlichen GAP-Mittel mindestens in Höhe der GAP-Mittel für 2013 beizubehalten. Zudem sollten die Mittel für die 1. und 2. Säule zwischen und innerhalb der Mitgliedstaaten fair verteilt werden. Insbesondere die Rolle der ländlichen Entwicklung solle gestärkt werden, um Arbeitsplätze in ländlichen Gebieten zu schaffen und die Biodiversität zu schützen. Die Abstimmung zu diesem Bericht im Plenum ist im Zeitraum 22. - 26.10.2012 vorgesehen.

Zwischenbericht unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fNONSGML%2bREPORT%2bA7-2012-0313%2b0%2bDOC%2bPDF%2bV0%2f%2fEN>

EP-AGRARAUSSCHUSS DISKUTIERT TRANSPARENZ BEI AGRARBEIHILFEN

In der Sitzung des EP-Agrarausschusses am 11.10.2012 wurde der Kommissionsvorschlag zur Veröffentlichung von Informationen über die Empfänger von Agrarbeihilfen (EB 17/12) diskutiert. Die Meinung der Ausschussmitglieder war gespalten: einigen gingen die Vorschläge nicht weit genug; sie forderten weitergehende Transparenz. Andere bezweifelten, dass der neue Kommissionsvorschlag vor dem EuGH Bestand hätte und mutmaßten, dass dieser, ähnlich wie die alte Regelung, als rechtswidrig eingestuft würde. Einige Abgeordnete forderten eine Kodierung der Empfängernamen.



KOMMISSION SIEHT TRENDWENDE AUF DEM MILCHMARKT

Im Verwaltungsausschuss für die einheitliche Gemeinsame Marktorganisation (GMO) am 10.10.2012 gab die Kommission bekannt, dass sich die Lage auf dem EU-Milchmarkt erhole. Die Spotpreise für Rohmilch in Nordirland, ITA und NLD seien gestiegen. Die Erzeugerpreise seien im Vergleich zum Jahresbeginn 2012 stabil geblieben, wobei eine zweimonatige Verzögerung in der Veröffentlichung der Zahlen zu berücksichtigen sei. Durch die schlimmste Dürre der vergangenen 50 Jahre in den USA hätten viele US-Landwirte ihre Herden verkleinert. Durch den weltweiten Angebotsrückgang stiegen die Chancen für Mitbewerber, wie europäische Produzenten von Käse und Magermilchpulver, deren Exporte sich seit 2008 bereits stetig erhöht hätten, so die Kommission.

Vollständige Präsentation der Kommission zur Lage des Milchmarkts unter:

http://circa.europa.eu/Public/irc/agri/lait/library?l=/statistics_mangement/conjoncture_201210/ EN_1.0

MILCHQUOTE: ÜBERSCHREITUNGEN BEI SECHS MITGLIEDSTAATEN

Deutschland und fünf weitere Mitgliedstaaten haben ihre Milchquoten für das Wirtschaftsjahr 2011/2012 überschritten und müssen deshalb eine Überschussabgabe in Höhe von 79 Mio. € entrichten. Wie die Kommission am 18.10.2012 veröffentlichte, bleibt die gesamte EU-Milchlieferung trotz der Quotenüberschreitung in AUT, IRL, NLD, DEU, CYP und LUX jedoch deutlich unter der Gesamtquotenmenge (-4,7 %). Die deutschen Lieferungen lagen um rund 37.000 t über der vereinbarten Menge; das sind 0,1 % zu viel, was eine Rückzahlung von gut 10 Mio. € bedeutet.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1116_de.htm

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10943_de.htm

<http://orf.at/stories/2146622/>

STARKER RÜCKGANG DER EU-WEINPRODUKTION 2012

Die neue Weinernteschätzung 2012 für die EU-27 weist einen deutlichen Rückgang der Weinproduktion um 10 % gegenüber dem Vorjahr aus. Die Ernten in FRA und ITA sind voraussichtlich so gering wie seit 40 - 50 Jahren nicht mehr. Wie Copa-Cogeca am 17.10.2012 in Brüssel erläuterte, seien ungünstige klimatische Bedingungen -Dürre im Mittelmeerraum, Kälte und feuchte Witterung in anderen Mitgliedstaaten – die Hauptgründe für den Produktionsrückgang. Insgesamt liegt die diesjährige Weinernte der Schätzung zu Folge



bei 144 Mio. Hektolitern. Der Verband rechnet aufgrund der Ernteeinbrüche mit zunehmenden Spannungen auf dem Weinmarkt.

<http://www.copa-cogeca.eu/StatisticsandEconomicAnalysis.aspx>

FAO-GENERALDIREKTOR SPRICHT MIT KOMMISSION ÜBER ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Der Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), *José Graziano da Silva*, traf sich am 10./11.10.2012 in Brüssel mit Kommissionspräsident *Barroso* und verschiedenen Kommissaren um über das Thema Ernährungssicherheit zu sprechen. In einer gemeinsamen Erklärung wiesen FAO und EU darauf hin, dass weltweit rund 870 Mio. Menschen unterernährt sind und jedes Jahr über 2,5 Mio. Kinder an Unterernährung sterben. Der Kampf gegen diese schreckliche Situation sei ein vorrangiges Ziel von EU und FAO. Bei dem Treffen mit Agrarkommissar *Dacian Cioloș* priesen beide die Einrichtung des Agrarmarktinformationssystems (AMIS) als ein zentrales Transparenzinstrument, um Informationen zu den weltweiten Getreidebeständen auszutauschen. Beide waren sich einig, dass das AMIS half, exzessive Marktspekulation nach der Dürre in den USA zu verhindern. Am selben Tag traf sich *da Silva* zu weiteren Gesprächen mit den Kommissaren *Piebalgs* (Entwicklung) und *Damanaki* (Fischerei).

Gemeinsame Presseerklärung EU - FAO und weitere Informationen:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1090_en.htm?locale=en

Erklärung der FAO zum Welternährungstag am 16.10.2012 unter weitere Informationen:

<http://www.fao.org/getinvolved/worldfoodday/en/>

MASSNAHMEN DES EINZELHANDELS GEGEN WEGWERFEN VON LEBENSMITTELN

Der europäische Einzelhandel hat sich beim Brüsseler Einzelhandelsforum am 09.10.2012 verpflichtet, freiwillige Maßnahmen zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen zu ergreifen. Die Einzelhändler wollen sich für nachhaltigen Verbrauch und mehr Ressourceneffizienz einsetzen. Die teilnehmenden Unternehmen kündigten u. a. an, vermehrt Aufklärungskampagnen zur Vermeidung und Reduzierung von Abfällen zu schalten und an der Optimierung von Lieferketten zu arbeiten.



Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

**DREIGLIEDRIGER SOZIALGIPFEL: IM DIALOG MIT SOZIALPARTNERN
WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG WEITER ANKURBELN UND
SOZIALEN ZUSAMMENHALT FÖRDERN**

Wege, um Wachstum und Beschäftigung weiter anzukurbeln und den sozialen Zusammenhalt zu fördern, standen im Mittelpunkt des sog. „Tripartiten Sozialgipfels“, der im Vorfeld der Herbsttagung des Europäischen Rates am 18.10.2012 in Brüssel stattfand. Dabei diskutierten die europäischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände mit Kommissionspräsident *José Manuel Barroso*, ER-Präsident *Herman Van Rompuy*, dem Präsidenten Zyperns, *Dimitris Christofias*, dem irischen Ministerpräsidenten *Enda Kenny* und EU-Sozialkommissar *László Andor*. Die Debatte des Sozialgipfels stand auch im Kontext der Fortschritte bei der Umsetzung des Paktes für Wachstum und Beschäftigung, die vom ER überprüft werden soll.

<http://europa.eu/newsroom/calendar/event/403095/dreigliedriger--sozialgipfel>

**„JOB DAY“ 2012: KOMMISSION WILL KONTAKTE VON
ARBEITSSUCHENDEN ZU UNTERNEHMEN IN DER EU ERLEICHTERN**

Die Kommission hat am 06.10.2012 ihren sechsten „Job Day“ in Brüssel veranstaltet. Mit dieser Aktion, die Teil einer europaweiten Veranstaltungsreihe ist, will sie Arbeitssuchenden die Gelegenheit bieten, Kontakte zu Unternehmen in der gesamten EU zu knüpfen, v. a. mithilfe des EURES-Netzes. Im Rahmen des Programms zum „Job Day“ 2012 bildeten Wachstumssektoren, die die Kommission in ihrem im April 2012 vorgelegten sog. „Beschäftigungspaket“ dargelegt hatte, einen Schwerpunkt: die sog. grüne Wirtschaft, das Gesundheitswesen und der IKT-Bereich (EB 08/12). EU-Sozialkommissar *László Andor* sagte, die Jobtage hätten Modellcharakter. „Wir wollen Arbeitssuchenden zeigen, wie sie Kontakt zu Arbeitgebern in verschiedenen EU-Ländern aufnehmen können.“

http://europeanjobdays.eu/index_de.html

**QUARTALSBERICHT ÜBER BESCHÄFTIGUNGSSITUATION UND
SOZIALE LAGE: KOMMISSION STELLT DIVERGENZ ZWISCHEN DEN
MITGLIEDSTAATEN FEST**

Nach den Worten von EU-Sozialkommissar *Andor* klafften die Beschäftigungs-



situation und die soziale Lage in den einzelnen Mitgliedstaaten mehr denn je auseinander. Die Mitgliedstaaten rief er daher dazu auf, dringend die im Juli 2012 angenommenen länderspezifischen Empfehlungen (EB 13/12) umzusetzen und die im „Beschäftigungspaket“ (EB 08/12) dargelegten Maßnahmen zu ergreifen. Die Beschäftigungssituation und die soziale Lage in der EU im zweiten Quartal 2012 bezeichnete die Kommission als „äußerst angespannt“. Die Arbeitslosenzahlen seien insgesamt angestiegen, wobei zwischen den Mitgliedstaaten große Unterschiede bestünden, die finanzielle Situation der Haushalte habe sich verschlechtert und die Kinderarmut zugenommen. Dies stellte die Kommission anlässlich der Vorlage des jüngsten Quartalsberichts über die Beschäftigungssituation und die soziale Lage fest.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=1389&furtherNews=yes>

DRITTE ALLGEMEINE AUSRICHTUNG DES RATS ZUR KÜNFTIGEN KOHÄSIONSPOLITIK

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten hat am 16.10.2012 eine weitere teilweise allgemeine Ausrichtung in Bezug auf die von der Kommission am 06.10.2011 vorgeschlagenen Strukturverordnungen für die kommende Förderperiode 2014 bis 2020 erzielt. Sie betrifft v. a. Vorschriften der fondsübergreifenden Grundverordnung, der Verordnung zum Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und der Verordnung zur Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (ETZ). Die Einigung nimmt wie im April und Juni 2012 Bündelungen in thematischen Blöcken vor: Information und Kommunikation sowie Technische Hilfe, Europäische Territoriale Zusammenarbeit, Territoriale Entwicklung, Finanzielle Angelegenheiten außerhalb des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR), Länderspezifische Empfehlungen, Verwaltung und Kontrolle sowie Indikatoren. Aus bayerischer Sicht brächten die Vorstellungen des Rates einige Verwaltungserleichterungen und -flexibilisierungen bei der Programmerrichtung und deren Durchführung mit sich. Mit dem EP will sich der Rat noch bis Ende des Jahres in den Triloggen einigen (s. auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/genaff/132903.pdf



Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

INFORMELLES TREFFEN DER EU-BILDUNGSMINISTER IN NIKOSIA AM 04./05.10.2012

Auf ihrem informellen Treffen am 04./05.10.2012 in Nikosia diskutierten die EU-Bildungsminister über die Rolle der allgemeinen und beruflichen Bildung im Rahmen der Europa-2020-Strategie, insbesondere hinsichtlich des Beitrags, den Bildung angesichts der gegenwärtigen Krise und der hohen Jugendarbeitslosigkeit für wirtschaftliches Wachstum leisten kann. Nach dem einleitenden Vortrag des zyprischen Nobelpreisträgers für Wirtschaft *Christopher Pissarides* und Beiträgen der Staatssekretäre aus Finnland und Slowenien wurden in der folgenden Aussprache wiederholt die Qualität des Unterrichts, die Auswahl und Ausbildung von Lehrkräften sowie die Effizienz und Effektivität von Bildungsausgaben als zentrale Themen benannt. Zweites Thema auf der Tagesordnung war angesichts der hohen Rate an funktionalen Analphabeten in Europa die Verbesserung der Schriftsprachkompetenz, der mit Blick auf die Wachstumsziele der Europa-2020-Strategie eine herausragende Bedeutung zukomme. Deutschland war auf politischer Ebene nicht vertreten.

BESCHÄFTIGUNGS- UND SOZIALMINISTERRAT FORDERT ANGESICHTS DER JUGENDARBEITSLOSIGKEIT KONTINUIERLICHE INVESTITION IN BILDUNG

In einem umfassenden Beschäftigungs-, Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs- und Entwicklungspolitik umspannenden Ansatz hat der Beschäftigungs- und Sozialministerrat am 04.10.2012 Ratsschlussfolgerungen angenommen, die nach Auswegen aus der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa suchen und vor allem die Mitgliedstaaten, aber auch die Kommission zur Ergreifung zahlreicher Maßnahmen auffordern. Die kontinuierliche Investition in Bildung und Qualifikationen als zentrale Elemente der Förderung von Beschäftigungsfähigkeit sowie eine zielgerichtete Reform von Bildungs- und Ausbildungssystemen sind dabei bildungsbezogene Kernforderungen an die Mitgliedstaaten.

Schlussfolgerungen des Rates „Einen arbeitsplatzintensiven Aufschwung gestalten und den jungen Menschen in Europa bessere Chancen bieten“:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st13/st13907.de12.pdf>



KOMMISSIONSBERICHT ÜBER WEGE ZUR VOLLBESCHÄFTIGUNG STELLT ENGEN BEZUG ZWISCHEN BILDUNG UND ARBEITSMARKTSITUATION HER

Unter dem Titel „Neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten – der Weg zur Vollbeschäftigung“ hat die Kommission im Rahmen der im Kontext der Europa-2020-Strategie stehenden „Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten“ einen umfangreichen Bericht veröffentlicht, der Lösungsansätze für die derzeitige Beschäftigungskrise aufzeigt. Der Bericht, der die Ergebnisse von 17 Forschungsprojekten zusammenführt, betont die Wichtigkeit der Herausbildung neuer Kompetenzen und Qualifikationen, die zur Anpassung an durch den technologischen Wandel generierte neue Arbeitsmarktbedürfnisse und zur Herstellung einer lebenslangen Beschäftigungsfähigkeit unerlässlich seien, und fordert eine engere Zusammenarbeit zwischen Bildungssystemen und Arbeitsmarkt. Hinsichtlich des Bildungsbereichs hebt die Studie die hohe Effizienz von Investitionen in frühe Bildungsphasen sowie die große Bedeutung beruflicher Bildungssysteme hervor. Zudem zeigten Forschungsergebnisse, dass Bildungssysteme mit einem hohen Maß an gleichen Zugangsmöglichkeiten zur allgemeinen Bildung wie auch zur beruflichen Weiterbildung zu niedrigeren Arbeitslosen- und höheren Beschäftigungsquoten führen.

Link zum Bericht (nur in englischer Sprache verfügbar):

http://ec.europa.eu/research/social-sciences/pdf/new-skills-and-jobs-in-europe_en.pdf

HOCHQUALIFIZIERTE UND SPEZIALISIERTE ARBEITSKRÄFTE SOLLEN DIE INDUSTRIE NACH EUROPA ZURÜCKHOLEN

Die Förderung der Investitionen in Humanressourcen und in die Qualifikationen von (künftigen) Arbeitnehmern sowie die Entwicklung von Instrumenten zur Einschätzung des künftigen Qualifikationsbedarfs ist nach Ansicht der Kommission eine der vier tragenden Säulen einer effizienteren Industriepolitik. Daher firmieren bildungsbezogene Aspekte in der am 10.10.2012 veröffentlichten Kommissionsmitteilung „Eine stärkere europäische Industrie bringt Wachstum und wirtschaftliche Erholung“ als Begleitmaßnahmen, um bis zum Jahr 2020 wieder einen Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt der EU von mindestens 20 % zu erreichen. Künftige bildungspolitische Maßnahmen sollen sicherstellen, dass die Qualifikationen der Arbeitnehmer den sich wandelnden Anfor-



derungen der Wirtschaft entsprechen. Die Kommission kündigt u. a. an, die Mitgliedstaaten bei der Entwicklung neuer Qualifikationskonzepte durch die Veröffentlichung politischer Leitlinien im Rahmen einer für November 2012 vorgesehenen Mitteilung über die Durchführung effizienter Reformen und die Entwicklung wirksamer Bildungs- und Berufsbildungssysteme zu unterstützen. Sie wird zudem einen Qualitätsrahmen für Praktika vorschlagen und eine mehrsprachige europäische Klassifikation von Qualifikationen, Kompetenzen und Berufen erarbeiten. Schließlich sollen eine engere Zusammenarbeit von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Behörden sowie die Gründung von branchenspezifischen europäischen Qualifikationsräten, Wissensallianzen und Allianzen für branchenspezifische Fertigkeiten zur Bekämpfung des Qualifikationsdefizits beitragen.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1085_de.htm

Link zur Mitteilung der Kommission:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0582:FIN:DE:PDF>

DRITTE ALLGEMEINE AUSRICHTUNG DES RATS ZUR KÜNFTIGEN KOHÄSIONSPOLITIK

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten hat am 16.10.2012 eine weitere teilweise allgemeine Ausrichtung in Bezug auf die von der Kommission am 06.10.2011 vorgeschlagenen Strukturverordnungen für die kommende Förderperiode 2014 bis 2020 erzielt. Sie betrifft v. a. Vorschriften der fondsübergreifenden Grundverordnung, der Verordnung zum Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und der Verordnung zur Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (ETZ). Die Einigung nimmt wie im April und Juni 2012 Bündelungen in thematischen Blöcken vor: Information und Kommunikation sowie Technische Hilfe, Europäische Territoriale Zusammenarbeit, Territoriale Entwicklung, Finanzielle Angelegenheiten außerhalb des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR), Länderspezifische Empfehlungen, Verwaltung und Kontrolle sowie Indikatoren. Aus bayerischer Sicht brächten die Vorstellungen des Rates einige Verwaltungserleichterungen und -flexibilisierungen bei der Programmaufstellung und deren Durchführung mit sich. Mit dem EP will sich der Rat noch bis Ende des Jahres in den Trilogien einigen (s. auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).



http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/genaff/132903.pdf

EU-STUDIE: LEHRERGEHÄLTER WERDEN IN IMMER MEHR EUROPÄISCHEN STAATEN GEKÜRZT ODER EINGEFROREN

Ein EU-Bericht anlässlich des Weltlehrertags (05.10.2012) zeigt, dass im Schuljahr 2011/12 im Vergleich zur Vorjahressituation in 16 europäischen Staaten Lehrergehälter gekürzt oder eingefroren wurden. Haushaltskürzungen und Sparmaßnahmen wirkten sich demnach am stärksten in Griechenland, Spanien, Portugal, Irland und Slowenien negativ auf den Verdienst von Lehrkräften aus, während in vier Staaten (Polen, Tschechische Republik, Slowakei und Island) seit Mitte 2010 Steigerungen zu verzeichnen seien. Laut Bericht gehört Deutschland neben Österreich, Norwegen, Schweden, Finnland, der Türkei, Malta, Belgien, Dänemark und Rumänien zu den Staaten, in denen Lehrergehälter lediglich eine Anpassung an den Lebenshaltungsindex erfahren haben.

Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/1073&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

Vollständiger Bericht (nur in englischer Sprache verfügbar):

http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/facts_and_figures/salaries.pdf

NEUES ONLINE-TOOL „EQAVET-QUALITÄTS-ZYKLUS“ SOLL QUALITÄTSSICHERUNG IN DER BERUFLICHEN BILDUNG UNTERSTÜTZEN

Mit dem „EQAVET-Qualitäts-Zyklus“ hat die Kommission ein neues Instrument online gestellt, das den Mitgliedstaaten und anderen Anbietern der beruflichen Aus- und Weiterbildung dabei helfen soll, die Qualität in der Berufsbildung zu verbessern. Das Tool, das vom Europäischen Netzwerk für die Qualitätssicherung in der Aus- und Weiterbildung (EQAVET) entwickelt wurde, basiert auf den Richtlinien des Europäischen Bezugsrahmens für Qualitätssicherung in der Berufsbildung und soll helfen, diese Leitlinien auf die Situation in den einzelnen Staaten anzupassen.

Link zum Tool für Berufsbildungssysteme:

<http://www.eqavet.eu/index.html>



Link zum Tool für Berufsbildungsanbieter:

<http://www.eqavet.eu/index2.html>

Englischsprachige Broschüre zum neuen Online-Tool:

http://ec.europa.eu/education/news/doc/eqavet_en.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

ERGEBNISSE DES WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRATES AM 11.10.2012

Zentraler Verhandlungsgegenstand des Wettbewerbsrates (Forschungsteil) am 11.10.2012 waren die Beteiligungsregeln für das zukünftige 8. Forschungsrahmenprogramm „Horizont 2020“. Nach langen, zwischenzeitlich sogar vom Scheitern bedrohten Verhandlungen einigte sich der Rat auf eine „teilweise allgemeine Ausrichtung“. Die Beteiligungsregeln legen die Voraussetzungen für eine Teilnahme an „Horizont 2020“ sowie die finanziellen Rahmenbedingungen fest.

EUROPÄISCHER FORSCHUNGSRAT VERÖFFENTLICHT ZWEITE AUSSCHREIBUNG FÜR „ERC SYNERGY GRANTS“

Der Europäische Forschungsrat (ERC) hat am 10.10.2012 zum zweiten Mal dazu aufgerufen, Projektvorschläge für die Förderlinie „ERC Synergy Grants“ einzureichen. Während die traditionellen ERC-Förderlinien sich an Einzelwissenschaftler richten, können sich für die Synergy Grants Forschergruppen aus zwei bis vier herausragenden Forschenden mit ihren jeweiligen Teams bewerben. Das Gesamtbudget des Programms beträgt wie im Vorjahr 150 Mio. €. Die maximale Laufzeit von Synergy Grant-Projekten beträgt sechs Jahre, jedes Projekt kann mit bis zu 15 Mio. € gefördert werden.

<http://erc.europa.eu/>

INDUSTRIEMITTEILUNG DER KOMMISSION

Am 10.10.2012 hat die Kommission die Mitteilung „Eine stärkere europäische Industrie bringt Wachstum und wirtschaftliche Erholung“ vorgelegt, mit der sie die wichtige Rolle der Industrie für die europäische Wirtschaft wieder stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken möchte. Dafür möchte sie v. a. vier Schlüsselbereiche voranbringen, darunter u. a. Investitionen in Innovation sowie Humanressourcen und Qualifikationen. Die Mitteilung enthält Bezüge zum Kulturbereich und zur Hochschulbildung: Im Abschnitt „Investitionen in neue



Technologien und Innovationen fördern“ wird u. a. die Kultur- und Kreativwirtschaft genannt und die Mitteilung damit mit der Mitteilung der Kommission „Die Kultur- und Kreativwirtschaft als Motor für Wachstum und Beschäftigung in der EU unterstützen“ vom 26.09.2012 (EB 17/12) verknüpft. Im Abschnitt „Die Schlüsselrolle der Humanressourcen“ wird als Grundvoraussetzung für die Investition in neue Kompetenzen und Berufsbildung die Weiterentwicklung von Instrumenten zur Überwachung und frühzeitigen Erkennung des Qualifikationsbedarfs genannt, sodass sich die Tendenz zu Monitoring und Steuerung der mitgliedstaatlichen Bildungspolitik unter Prämissen der Wirtschaftspolitik weiter verfestigt (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Mitteilungstext:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0582:FIN:DE:PDF>

EP GEGEN WEITERGEHENDE VEREINHEITLICHUNG VON KULTUR- UND MEDIAPROGRAMM

Am 08.10.2012 nahm der für das Programm „Kreatives Europa“ zuständige Bildungs- und Kulturausschuss des Europäischen Parlaments den Vorschlag der Berichterstatterin *Silvia Costa* zur Zusammenfassung der Programme Kultur, MEDIA und MEDIA Mundus in einem Rahmenprogramm wohlwollend zur Kenntnis (EB 17/12). Grundsätzlich werden die Bemühungen der Kommission, durch Schaffung des branchenübergreifenden Aktionsbereichs Brücken zwischen dem Kultursektor und dem audiovisuellen Bereich zu schlagen, begrüßt. Gleichwohl schlägt die Berichterstatterin vor, dass die Programme mit Blick auf die besondere Beschaffenheit jedes Sektors weiterhin unabhängig voneinander bleiben sollten, wie etwa durch Weiterverwendung ihres jeweiligen Logos. Dies weicht von der Intention des Ministerrates ab, der sich nicht für ein Rahmenprogramm mit eigenständigen Teilprogrammen, sondern für ein stärker integriertes Gesamtprogramm, unterteilt in verschiedene Aktionsbereiche, ausgesprochen hat. *Costa* unterstützt das Ratsvotum, den Mitgliedstaaten die Entscheidung über die Organisation der nationalen Agenturen zu überlassen (s. hierzu Beitrag aus dem Bereich IuK- und Medienpolitik).

Berichtsentwurf zum Programm „Kreatives Europa“ für den CULT-Ausschuss vom 17.09.2012:

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/cult/pr/909/909697/909697de.pdf



Verordnungsvorschlag der Kommission vom 23.11.2011:

[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/com/com_com\(2011\)0785/com_com\(2011\)0785_de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/com/com_com(2011)0785/com_com(2011)0785_de.pdf)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

RÜCKTRITT VON GESUNDHEITSKOMMISSAR *DALLI*

Am 16.10.2012 hat der Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz *John Dalli* überraschend seinen sofortigen Rücktritt erklärt. Auslöser dafür war ein Untersuchungsbericht des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) im Zusammenhang mit der Überarbeitung der Tabakprodukt-Richtlinie, der am 15.10.2012 Kommissionspräsident *Barroso* übergeben wurde. Demnach soll ein maltesischer Unternehmer der schwedischen Firma „Swedish Match“, die u. a. den in allen Mitgliedsstaaten außer Schweden verbotenen Kautabak Snus herstellt, über seine angeblichen Kontakte zu seinem Landsmann *Dalli* gegen Zahlung von Geld Einflussmöglichkeiten bei der Revision der Richtlinie angeboten haben. Nach dem Bericht wurden zwar keine Geldflüsse festgestellt, aber Kommissar *Dalli* habe von dem Vorgang Kenntnis gehabt und versäumt, dies bei OLAF zu melden.

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-12-788_en.htm

BIOKRAFTSTOFFE: VORSCHLAG DER KOMMISSION ZUR VERBESSERUNG DER KLIMABILANZ

Die Kommission hat am 17.10.2012 einen Vorschlag veröffentlicht, durch den die globalen Landnutzungsänderungen für die Herstellung von Biokraftstoffen begrenzt und die Klimaverträglichkeit der in der EU verwendeten Biokraftstoffe verbessert werden sollen. Der anrechenbare Anteil von aus Nahrungsmitteln gewonnenen Biokraftstoffen auf das 10 %-Ziel für erneuerbare Energien im Transportsektor bis 2020 soll auf 5 % begrenzt werden. Zudem sollen die vorgeschriebenen Treibhausgaseinsparungen für Biokraftstoff aus neuen Anlagen ab 2014 im Vergleich zu normalem Benzin und Diesel von jetzt 35 % auf 60 % erhöht werden.

Richtlinienvorschlag der Kommission:

http://ec.europa.eu/clima/policies/transport/fuel/docs/com_2012_595_de.pdf

Weitere Informationen über Biokraftstoffe – Landnutzungsänderungen:

http://ec.europa.eu/energy/renewables/biofuels/land_use_change_de.htm



KLIMAPOLITIK: KOMMISSION FÖRDERT GEMEINSAM MIT UNTERNEHMEN, UMWELTGRUPPEN UND HOCHSCHULEN LÖSUNGEN FÜR DEN KLIMASCHUTZ

Connie Hedegaard, Kommissarin für Klimapolitik, hat am 08.10.2012 gemeinsam mit über 70 Organisationen eine europaweite Informationskampagne gestartet. Unter dem Motto „*Deine Welt. Dein Klima*“ soll die Kampagne vor allem praktische Lösungen in den Mittelpunkt der Klimaschutzdiskussion stellen und zeigen, wie Klimapolitik mehr Wohlstand schaffen kann. Kern der Kampagne bildet eine Website, die in Kürze in allen 23 EU-Amtssprachen vorliegen wird. Sie soll als Teilnehmepattform dienen, durch die Einzelpersonen, Unternehmen und Gruppen vor Ort Gelegenheit erhalten, Lösungen für die Reduzierung der CO₂-Emissionen abzurufen, vorzustellen und zu diskutieren. Gleichzeitig soll ein europaweiter Wettbewerb der Suche nach der besten Lösung dienen.

Website der Kampagne:

<http://world-you-like.europa.eu>

Informationen über den „Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO₂-armen Wirtschaft bis 2050“:

http://ec.europa.eu/clima/policies/roadmap/index_en.htm

BINNENWASSERSTRASSEN UND NATURSCHUTZ: NEUER LEITFADEN

Die Kommission hat am 18.10.2012 einen neuen Leitfaden für Binnenschifffahrt und Naturschutz herausgegeben. Ziel sei, der Binnenschifffahrt Hilfestellung bei der Anwendung von EU-Umweltschutzvorschriften zu geben. Träger und Manager von Infrastrukturvorhaben erhielten einen Überblick über die rechtlichen Verpflichtungen vor allem im Zusammenhang mit der Vogelschutz- und der FFH-Richtlinie sowie Fallstudien und *best-practice*-Beispiele. Der Leitfaden weist zudem darauf hin, dass Natura-2000-Gebiete nicht als „entwicklungsfreie Zonen“ gedacht sind. Neue Vorhaben seien dort nicht ausgeschlossen, sofern dabei der Naturschutz in ausreichendem Umfang gewährleistet werde.

Leitfaden zu Binnenschifffahrt und Natura 2000 (vorerst nur Englisch):

http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/management/docs/IWT_BHD_Guidelines.pdf

Weitere Leitfäden für die Verwaltung von Natura-2000-Gebieten:

http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/management/guidance_en.htm



NEUES INFORMATIONSVERFAHREN BEI GRENZÜBERSCHREITENDEM ORGANTRANSFER

Die Kommission hat am 09.10.2012 eine neue Durchführungsrichtlinie zur Festlegung von Informationsverfahren für den Austausch von zur Transplantation bestimmten Organen zwischen den Mitgliedstaaten erlassen. Künftig sollen Absender und Empfänger wie z. B. Behörden, bevollmächtigte Stellen, Bereitstellungsorganisationen und Transplantationszentren beim Informationsaustausch nach in der Richtlinie festgelegten gemeinsamen Verfahren vorgehen. Dies gilt für Informationen über die Charakterisierung von Organen und Spendern (z. B. Art des Organs sowie Alter, Geschlecht und Gesundheitsgeschichte des Spenders), für die Rückverfolgbarkeit der Organe und die Meldung schwerwiegender Zwischenfälle und unerwünschter Reaktionen. Die Richtlinie tritt am 30.10.2012 in Kraft und muss bis 10.04.2014 in nationales Recht umgesetzt werden.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:275:0027:0032:DE:PDF>

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

ÖFFENTLICHE KONSULTATION ZU TELEKOM-MÄRKTEN ERÖFFNET

Die Kommission hat am 15.10.2012 eine öffentliche Konsultation eröffnet, um eine Aktualisierung der zuletzt 2007 überarbeiteten Liste der relevanten Märkte für elektronische Kommunikation zu überprüfen. Die Liste ermöglicht den nationalen Regulierungsbehörden einen besseren Überblick bei der koordinierten Regulierung ihrer Märkte, die auf der Vorleistungsebene den Breitbandzugang und auf der Endkundenebene den Zugang zum öffentlichen Telefonnetz abdecken. Die Beiträge zur Konsultation sind bis zum 08.01.2013 einzureichen und sollen in die Überarbeitung der Empfehlung der Kommission zu den relevanten Märkten von 2003 einfließen. Dabei sollen auch wichtige Neuerungen im Bereich internetgestützter Anwendungen und Dienste, die Konvergenz zwischen verschiedenen Arten von Netzen und Diensten sowie die Entwicklung ultraschneller Internetnetze und -dienste berücksichtigt werden.

Die Konsultation ist abrufbar unter:

<http://ec.europa.eu/digital-agenda/news-redirect/8788>



KROES FORDERT BESSERE UMSETZUNG DER E-PRIVACY-RICHTLINIE

EU-Kommissarin *Neelie Kroes* sprach sich in einer Rede am 11.10.2012 für eine Stärkung der Privatsphäre im Internet aus. Sie müsse von allen Anbietern respektiert werden. Die neuen Vorgaben der ePrivacy-Richtlinie erfordern beispielsweise die Information und das Einverständnis des Nutzers darüber, dass Cookies auf seinem Gerät installiert werden. Die Kommissarin fordert bei der Umsetzung der ePrivacy-Richtlinie eine Standardisierung, welche es den Internetnutzern ermöglicht, die Zustimmung zur Speicherung und Nachverfolgung ihrer Daten und Aktionen im Internet zu verweigern (sog. „DNT – Do Not Track-Standard“) (EB 13/11). Die zuständigen Behörden in den Mitgliedsstaaten prüfen derzeit, wie sie die ePrivacy-Regelungen durchsetzen können. *Kroes* plant, das Thema noch dieses Jahr auf die Tagesordnung der Art. 29-Datenschutzgruppe zu setzen.

Die Rede von EU-Kommissarin *Kroes* ist abrufbar unter:

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-12-716_en.htm?locale=en

EP GEGEN WEITERGEHENDE VEREINHEITLICHUNG VON KULTUR- UND MEDIAPROGRAMM

Am 08.10.2012 nahm der für das Programm „Kreatives Europa“ zuständige Bildungs- und Kulturausschuss des Europäischen Parlaments den Vorschlag der Berichterstatterin *Silvia Costa* zur Zusammenfassung der Programme Kultur, MEDIA und MEDIA Mundus in einem Rahmenprogramm wohlwollend zur Kenntnis (EB 17/12). Grundsätzlich werden die Bemühungen der Kommission, durch Schaffung des branchenübergreifenden Aktionsbereichs Brücken zwischen dem Kultursektor und dem audiovisuellen Bereich zu schlagen, begrüßt. Gleichwohl schlägt die Berichterstatterin jedoch vor, dass die Programme mit Blick auf die besondere Beschaffenheit jedes Sektors weiterhin unabhängig voneinander bleiben sollten, wie etwa durch Weiterverwendung ihres jeweiligen Logos. Dies weicht von der Intention des Ministerrates ab, der sich nicht für ein Rahmenprogramm mit eigenständigen Teilprogrammen, sondern für ein stärker integriertes Gesamtprogramm, unterteilt in verschiedene Aktionsbereiche, ausgesprochen hat. *Costa* unterstützt das Ratsvotum, den Mitgliedsstaaten die Entscheidung über die Organisation der nationalen Agenturen zu überlassen.

Berichtsentwurf zum Programm „Kreatives Europa“ für den CULT-Ausschuss vom 17.09.2012:



http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/cult/pr/909/909697/909697de.pdf

Verordnungsvorschlag der Kommission vom 23.11.2011:

[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/com/com_com\(2011\)0785_/com_com\(2011\)0785_de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/com/com_com(2011)0785_/com_com(2011)0785_de.pdf)

SOZIALE NETZWERKE BETEILIGEN SICH AN INTER-PARLAMENTARISCHER KONSULTATION DES LIBE-AUSSCHUSSES ZUR EU-DATENSCHUTZREFORM

Am 09./10.10.2012 hat im EP eine interparlamentarische Konsultation des Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) zur Reform des Europäischen Datenschutzrechts stattgefunden. Dabei diskutierten die Ausschussmitglieder mit Vertretern nationaler Parlamente aus 18 Mitgliedsstaaten und aus Norwegen, mit Datenschutzbeauftragten sowie Vertretern von Nichtregierungsorganisationen, der US-Administration und der Wirtschaft, wie z. B. von Microsoft und Facebook, über die von der Kommission vorgeschlagene Datenschutzgrundverordnung (EB 02/12).

EP-AUSSCHUSS FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN NIMMT BERICHT ZU EU-CYBERSTRATEGIE AN

Der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des EP hat am 10.10.12 einen Bericht zur Entwicklung einer Strategie zur Cyber-Sicherheit und -Abwehr auf allen Ebenen der EU verabschiedet. Die Kommission hatte bereits am 09.07.2012 eine solche Strategie noch für dieses Jahr angekündigt (EB 14/12). Der Bericht soll vom EP-Plenum in der Novembersitzung in Straßburg angenommen werden.